

Der Handel kann die Welt retten | ZEIT ONLINE

Von Joachim Weimann

Wenn die Parteien derzeit [in Berlin über eine Jamaika-Koalition verhandeln](#), steht ein Thema auf ihrer Agenda, bei dem es besonders schwer sein wird, sich zu einigen: der Klimaschutz. Denn selbst wenn ihr Ziel dasselbe ist, über den Weg dorthin wird selbst unter Umweltschützern viel gestritten.

Klar ist: Klimaschutz kostet etwas. Erfolgreich ist er dann, wenn es auch gelingt, mit jedem Euro, der für die Umwelt eingesetzt wird, möglichst viel CO₂ einzusparen. Andersherum: Die Kosten pro eingesparter Tonne CO₂ müssen verringert werden. Ökonomen nennen das "Kosteneffizienz". Setzen wir das, was wir haben, nicht kosteneffizient ein, dann verlieren wir den Kampf um unser Klima. "Kosteneffizienz" klingt sehr ökonomisch, ist aber zugleich eine ökologische Forderung – mit weitreichenden Konsequenzen. Denn von diesem Prinzip hängt ab, welche Instrumente sich beim Klimaschutz lohnen.



Joachim Weimann ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Magdeburg.
© Privat

Für den Klimaschutz ist es egal, wo wir CO₂ vermeiden – Hauptsache, wir vermeiden viel. Deshalb muss Klimapolitik länderübergreifend gemacht werden. Diese Politik muss einerseits die Lasten des Klimaschutzes fair verteilen und andererseits dafür sorgen, dass Klimaschutz stets dort stattfindet, wo der größte Effekt erreicht werden kann.

Folgt man diesem Grundsatz, drängt sich sofort eine Lösung auf, die in der

Vergangenheit immer wieder kritisiert wurde: der Emissionshandel. Wer CO₂ produziert, muss dafür ein Zertifikat erwerben; wer CO₂ einspart, kann anderen seine Emissionsrechte verkaufen. Das ist das Prinzip. Es ist kosteneffizient. Und es verteilt die Lasten fair. Viele zweifeln allerdings daran, dass der Handel tatsächlich funktioniert, und fordern eine Reform des Systems. Diese Einschätzung beruht allerdings auf einem großen Missverständnis.

Die Kritik entzündet sich vor allem daran, dass der Preis für Emissionsrechte zu niedrig sei. Dies sei ein Zeichen dafür, dass der Handel keine Anreize zur CO₂-Vermeidung schaffe. Das ist falsch. Denn die ökologische Wirkung des Emissionshandels entsteht nicht durch den Preis, sondern dadurch, dass eine Obergrenze für die Emissionen politisch festgelegt wird, der sogenannte Cap. Die EU hat diese Grenze gesetzt und senkt sie jährlich so ab, dass ihr Ziel, bis 2030 die Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, erreicht wird.

[Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 43/2017. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.](#)

Der Handel mit Zertifikaten bestimmt also nicht, wie viel CO₂ in die Luft kommt – das ist durch den Cap längst festgelegt. Der Handel sorgt lediglich dafür, dass dort CO₂ vermieden wird, wo es zu minimalen Kosten möglich ist.

Der Emissionshandel funktioniert, und er könnte weiter ausgebaut werden, indem man Klimaabkommen wie das von Paris nutzt, um nach und nach mehr Länder und gleichzeitig mehr Wirtschaftsbereiche in den Handel einzubeziehen.

Das bedeutet im Umkehrschluss allerdings auch: Länder, die sich an dem Handel beteiligen, sollten keine nationale Klimapolitik mehr betreiben. Die macht der Emissionshandel nämlich aus gutem Grund unsinnig.

Reduziert ein Land im Alleingang CO₂, dann stehen lediglich mehr Emissionsrechte zur Verfügung, die in anderen Ländern erworben werden. Unterm Strich gelangt so kein Gramm CO₂ weniger in die Atmosphäre. Denn wenn beispielsweise Deutschland Strom aus Windkraftanlagen ins Netz einspeist oder Kohlekraftwerke stilllegt, dann werden die bei uns nicht benötigten Emissionsrechte eben an unsere Nachbarn verkauft.

Nationale Klimapolitik produziert unter den Bedingungen des Emissionshandels also nur Kosten, aber keine Erträge. Das ist allerdings kein

Defekt des Emissionshandels, wie viele Kritiker behaupten. Es ist eine Folge seiner größten Stärke: Er lenkt die Vermeidung von Emissionen dorthin, wo sie kosteneffizient möglich ist. Wenn es nicht kosteneffizient ist, Windkraftanlagen zu bauen oder Kohlekraftwerke stillzulegen, dann sollte genau das auch nicht erfolgen. Der Emissionshandel signalisiert den Ländern genau dies – sie müssten allerdings auch konsequent danach handeln.

Die nationale Klimapolitik Deutschlands war bislang nur eine "gefühlte" Klimapolitik. Tatsächlich ist sie wirkungslos. Und sogar kontraproduktiv: Ein nationales Klimaziel vorzugeben, als Land, das sich einem Emissionshandelssystem angeschlossen hat, ist töricht.

Deutschland will bereits 2020 eine Reduktion seiner CO₂-Emissionen von 40 Prozent gegenüber 1990 erreichen. Ob es das schafft oder nicht, ist völlig belanglos. Denn es hat keinen Einfluss darauf, wie hoch die Emissionen in Europa 2020 oder 2030 sein werden. Mit der Forderung aufzutreten, alle Länder müssten dem Beispiel Deutschlands in der Klimapolitik folgen, ist deshalb keine vernünftige Strategie. Wir brauchen keine nationalen Zielvorgaben, sondern internationale Lösungen mit fairem Lastenausgleich und kosteneffizientem Klimaschutz. Das sollten auch die Politiker im Hinterkopf haben, wenn sie über das Klima verhandeln.

[Startseite](#)